

Erklärung der Regierung der DDR

Berlin (ADN). Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik nahm in seiner Sitzung am 17. April 1952 zur gegenwärtigen für das deutsche Volk äußerst ernsten Situation Stellung und beschloß folgende Erklärung:

Das Ersuchen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Besatzungsmächte vom 13. Februar dieses Jahres, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen und Deutschland endlich einen Friedensvertrag zu geben, entsprach dem einmütigen Wunsche und dem Friedenssehnen unseres Volkes. Die Regierung der UdSSR hat mit ihrer Note und ihrem Vorschlag vom 10. März 1952 diese berechtigten Forderungen des deutschen Volkes anerkannt und den Regierungen der USA, Englands und Frankreichs konkrete Maßnahmen zu ihrer Verwirklichung vorgeschlagen. Die Regierungen dieser Länder aber haben in ihrer Antwortnote an die Sowjetregierung Ausflüchte gesucht und die Taktik der Verschleppung angewandt, indem sie sich weder mit der Erörterung des sowjetischen Entwurfes der Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland einverstanden erklärten noch eigene Vorschläge machten.

In ihrer Note vom 9. April 1952 machte die Regierung der UdSSR nochmals den dringlichen Vorschlag, daß die Regierungen der vier Mächte, die in Deutschland Kontrollfunktionen ausüben, gemeinsam die Erörterungen des Entwurfes eines Friedensvertrages mit Deutschland sowie der Frage der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und der Durchführung freier, gesamtdeutscher Wahlen aufnehmen.

Die Zeit drängt zur Entscheidung

Jetzt besteht die Möglichkeit zu einer raschen friedlichen Lösung der entscheidenden Lebensfragen unseres Volkes, zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden und unabhängigen deutschen Staates und zum beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland.

Es geht um die Entscheidung, ob diese gerechte nationale Forderung des deutschen Volkes verwirklicht wird, oder ob nach den Plänen des Petersberges und der Bonner Regierung der Generalvertrag abgeschlossen wird.

Entweder Wiedervereinigung Deutschlands auf einer gesunden und gerechten Basis, wie es den Lebensinteressen unseres Volkes entspricht,

oder Fortdauer der Spaltung Deutschlands und der Versklavung der Bevölkerung Westdeutschlands und die damit verbundene Gefahr eines neuen Krieges,

so ist gegenwärtig die Entscheidung gestellt.

Adenauer, der nicht Einheit und Frieden, sondern Spaltung und Krieg will, ist gegen Verhandlungen; denn er weiß, daß eine Verständigung der vier Großmächte untereinander und mit einem einheitlichen, friedliebenden Deutschland die verbrecherischen Pläne der Anstifter eines neuen Völkergemetzels zunichte macht. Deshalb scheute er sich nicht, am 3. April vor dem Bonner Bundestag die sofortige Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Großmächten als eine „schwere Schädigung der gesamtdeutschen Interessen“ zu bezeichnen. Vertreter der Bonner Regierung halten Brand- und Kriegsreden, die an die Reden der hitlerfaschistischen Abenteurer erinnern.

Das deutsche Volk lehnt mit Empörung eine solche Politik ab. Es erwartet, daß die vier Mächte endlich direkte Verhandlungen aufnehmen, um das Deutschlandproblem auf friedlichem Wege zu lösen.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt nochmals mit aller Deutlichkeit, daß sie die Durchführung freier, gesamtdeutscher Wahlen für möglich und für außerordentlich dringlich hält. Die Bildung einer aus freien Wahlen hervorgegangenen gesamtdeutschen demokratischen Regierung als Partner für die Beratung und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland hätte schon längst erfolgt sein können, wenn nicht die Adenauer-Regierung jede Verständigung unter den Deutschen hintertrieben hätte. Die Anerkennung der Notwendigkeit solcher Wahlen seitens der vier Besatzungsmächte, wie es die Regierung der UdSSR vorschlägt, würde ihre Durchführung in kürzester Frist ermöglichen.

Es ist bekannt, daß sich die Parteien in Ost- und Westdeutschland ebenso wie die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik und der Bonner Bundestag für freie Wahlen in ganz Deutschland ausgesprochen haben. Folglich muß die Durchführung solcher Wahlen auch möglich sein. Dazu ist in erster Linie notwendig, die Verständigung unter den Deutschen über ein gesamtdeutsches Wahlgesetz herbeizuführen und alle Hindernisse, die dieser Verständigung entgegenstehen, beiseite zu schieben.

Die Frage der Prüfungskommission der UN darf dabei kein Hindernis sein. Es hat sich längst erwiesen, daß die UN-Kommission nicht geschaffen wurde, um freie, gesamtdeutsche Wahlen durchzuführen, sondern um sie zu verhindern. Selbst führende Mitglieder der Bonner Regierungsparteien haben in letzter Zeit zum Ausdruck gebracht, daß eine solche Einmischung in die inneren deutschen Verhältnisse ungesetzlich und für die deutsche Nation unerträglich ist.

Sofortige Maßnahmen zur Wiedervereinigung unseres Vaterlandes und der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland entsprechen den Forderungen des deutschen Volkes nach einer gerechten Behandlung. Sie sind das Mittel zur Festigung des Friedens in Europa und entsprechen deshalb auch den Wünschen aller friedliebenden Völker. Die Spaltung Deutschlands und das Fehlen eines Friedensvertrages mit Deutschland wird von den aggressiven, zum Kriege treibenden Kräften des imperialistischen Lagers ausgenutzt, um Westdeutschland mit Hilfe des Generalkriegsvertrages und des Europamilitärpakt in die Vorbereitung eines neuen Weltkrieges einzubeziehen und das deutsche Volk in einen mörderischen Bruderkrieg zu stürzen. Offensichtlich ist für die Westmächte die Frage der Vereinigung Deutschlands eine völlig untergeordnete Sache. Die Hauptsache ist für sie, Westdeutschland in dieser oder jener Form in ihren aggressiven Mächteblock einzubeziehen. Sie wollen Deutschland auf Jahre hinaus die Fortdauer und die Vertiefung der Spaltung aufzwingen.

Das deutsche Volk muß wissen, was es zu tun hat: Entweder es erhebt seine Stimme und entfaltet den Kampf für seine nationalen Interessen oder die Bevölkerung Westdeutschlands wird sich in der Schlinge befinden, die ihm die amerikanischen Imperialisten gelegt haben, wobei es klar ist, daß dann die Einheit Deutschlands nicht leicht wiederherzustellen sein wird. Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik betont daher noch einmal: Die Stunde ist außerordentlich ernst und die Zeit drängt! In wenigen Wochen kann es für die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen zu spät sein; denn Adenauer und die amerikanischen Kriegsbrandstifter handeln, während viele Abgeordnete des Bonner Bundestages, die sich für Einheit und Verständigung aussprechen, nur reden.

Jetzt aber ist die Stunde der Tat für die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit gekommen!

Die patriotische Widerstandsbewegung in Westdeutschland und die demokratische Staatsordnung in der Deutschen Demokratischen Republik müssen stark und mächtig sein, um

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

den hinterhältigen Plänen der Feinde Deutschlands gewappnet gegenüberzustehen und sie zu durchkreuzen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ruft alle deutschen Patrioten auf, sich zum Kampf für die Rettung der Nation und für ein neues Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand zu vereinigen.

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik

Quelle: Tägliche Rundschau Nr. 91, 18. April 1952, S. 1.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---